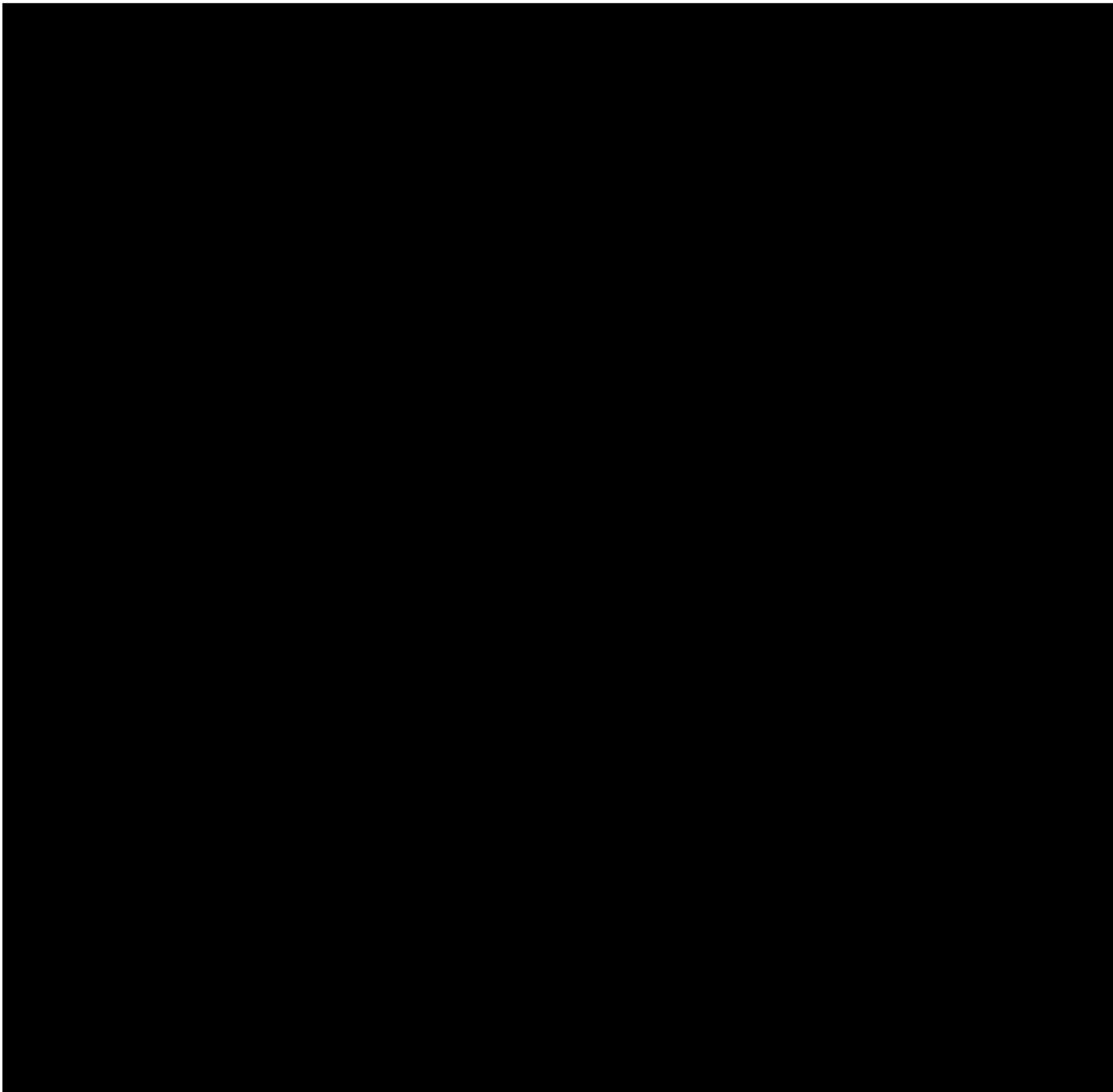


Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!



Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle, die jetzt rausgehen, können ruhig hier bleiben. Wir reden nämlich über ein Thema, mit dem Sie es in Ihrem Wahlkreis bestimmt zu tun bekommen. Es geht um die Stärkung und den Erhalt der ehrenamtlichen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht wissen Sie, dass im Katastrophenschutz und im Brandschutz in unserem Land über 91.000 Feuerwehrleute mit einer qualifizierten Ausbildung tätig sind. Davon sind über 79.000 - mit anderen Worten 85 % - ehrenamtlich engagiert. Diese Feuerwehrleute erfüllen

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

im Brandschutz eine sehr wichtige kommunale Pflichtaufgabe und sind - wer sich darin auskennt, weiß das - durch niemanden zu ersetzen.

Deswegen befinden sich die Kommunen, aber auch das Land Nordrhein-Westfalen in einer besonderen Verantwortung gegenüber den freiwilligen Feuerwehren. Wir sehen natürlich auch mit wachem Blick auf die demografische Entwicklung in unserem Land und in unseren Landkreisen, wo der Besatz mit ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleuten besonders hoch ist. Wir wissen, dass die Feuerwehren dort sehr engagiert und bestrebt sind, angesichts der demografischen Entwicklung genügend junge Frauen und junge Männer zu finden, damit der Brandschutz in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ehrenamtlich bewältigt werden kann.

Wir sehen darüber hinaus die gestiegenen Ansprüche, die das Berufsleben auch an diejenigen stellt, die sich in einer Feuerwehr engagieren. Wir wissen, wie schwierig es häufig ist, dem Arbeitgeber zu erklären, dass man ehrenamtlich in einer Feuerwehr tätig ist und auch einmal gerufen werden kann. Wir sehen auch, dass es unter Jugendlichen ein gewandeltes Freizeitverhalten gibt, das die Feuerwehren dazu herausfordert, sich besonders dafür ins Zeug zu legen, junge Menschen für diese verantwortungsbewusste engagierte Arbeit zu motivieren.

Es gibt eine Sache, die meines Erachtens nicht untergehen sollte: Wir sehen nämlich gerade im Bereich des Brandschutzes und des gesamten Feuerwehrwesens eine unglaubliche technologische und technische Veränderung. Ich erinnere mich an die Zeiten, als mein Vater noch als freiwilliger Feuerwehrmann bei einem Brandeinsatz in den Alarm ging. Heute würde man sagen: Das geht gar nicht mehr! Das ist viel zu gefährlich! Was ist das für eine Ausrüstung! - Nicht etwa, dass er mit einem Blecheimer zum Löschen gegangen wäre. Aber man sieht die technische und technologische Entwicklung etwa bei den Fahrzeugen am augenscheinlichsten. In den nächsten zehn, 15 Jahren wird es - auch was die Ausrüstung und die Technologie anbelangt, die zum Einsatz gebracht werden, um Katastrophen oder auch kleine Brandeinsätze in den Griff zu bekommen - eine dramatische Entwicklung geben.

Angesichts dieser Entwicklung sehen wir, dass die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen mit sehr großem Engagement dafür kämpfen, dass der Brandschutz und das bürgerschaftliche Engagement - dabei geht es auch um das Vereinsleben, das sie erfüllen - am Leben erhalten werden und sie in vielen Teilen unseres Landes in der letzten Zeit Jugendfeuerwehren gegründet haben. Sie unternehmen darüber hinaus große Anstrengungen, um junge Frauen und Mädchen für die Feuerwehr zu gewinnen. Wir sehen inzwischen auch, dass die Feuerwehren bei uns gezielter junge Migrantinnen und Migranten ansprechen. Es ist nämlich sehr wichtig, dass das gesamte gesellschaftliche Leben angesprochen wird, wenn es um dieses ehrenamtliche Engagement geht.

Wir beantragen, heute im Plenum des Landtags darüber zu beraten, wie wir das ehrenamtliche Engagement bei den Feuerwehren weiter stärken und noch besser erhalten können. Sie wissen vielleicht, dass es bereits in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen Beschlüsse gibt, sogenannte Ehrenrenten einzuführen. Das ist zum Beispiel in Sankt Augustin oder in Hürth der Fall. Wir glauben allerdings, dass kommunale Insellösungen in diesem Zusammenhang nicht weiterführend sind, weil Mobilität bei denjenigen vorausgesetzt werden muss, die sich in einer Feuerwehr engagieren. Sie könnten dann zum Beispiel von

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Hürth in die Nachbarschaft ziehen. Dann wäre das Problem zu lösen, was mit der angesparten Rente passiert.

Deswegen ist es richtig, darüber nachzudenken, in einer Gemeinschaftsaktion von Kommunen und Land dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sich über viele Jahre in den Einsatzgruppen der Feuerwehr befinden, nicht nur Anerkennung in unseren Reden finden, sondern auch praktische Anerkennung. Diese praktische Anerkennung kann durch die Gewährung einer sogenannten Ehrenrente geleistet werden, wie das im Übrigen der Thüringer Landtag vor Kurzem einstimmig beschlossen hat.

Ich wünsche mir, dass wir bei den Beratungen im Ausschuss auch zu einer einvernehmlichen Lösung über alle Fraktionsgrenzen hinweg kommen. Deswegen lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wer den Antrag der SPD unterstützt, unterstützt damit auch die freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Und wer die freiwilligen Feuerwehren in unsrem Land unterstützen möchte, der sollte auch deren Anliegen und unseren Antrag unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)